



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Berlin, 4. April 2023

Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Steueraffäre Scholz-Warburg“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Handeln des damaligen Ersten Bürgermeisters Hamburgs und späteren Bundesfinanzministers Olaf Scholz in der Steueraffäre der Warburg Bank wirft erhebliche Fragen auf. In den zurückliegenden Monaten haben wir wiederholt Aufklärungsversuche unternommen, beispielsweise im Rahmen einer Regierungsbefragung des Bundeskanzlers im Plenum des Deutschen Bundestags oder auch mit dem Instrument des (schriftlichen) parlamentarischen Fragewesens. Viele Fragen blieben dabei ungeklärt. Die Möglichkeit der Befragung von Bundeskanzler Scholz im Finanzausschuss des Bundestags wurde von den Regierungsfractionen wiederholt verhindert.

Um die weiterhin ungeklärten Fragen rund um den Themenkomplex „Steueraffäre Scholz-Warburg“ in einem geordneten Verfahren aufzuklären, empfehlen wir der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Dieser Untersuchungsausschuss sollte unter anderem folgenden Fragen nachgehen:

- 1.) Warum wollte Hamburg im Jahr 2016 die Rückforderung von zu Unrecht erhaltenen Steuererstattungen aus Cum-Ex-Geschäften von der Warburg Bank – auch zum Nachteil des Bundes – verjähren lassen? Warum musste Hamburg im Jahr 2017 durch das Bundesministerium der Finanzen mit zwei Weisungen zur Geltendmachung von Steuerrückforderungen veranlasst werden? Wer trägt in Hamburg die Verantwortung für die Entscheidungen, die in diesem Zusammenhang stehen?
- 2.) Zunächst hatte die Finanzbehörde Hamburg im Jahr 2016 eine Rückforderung der zu Unrecht erhaltenen Steuererstattungen von der Warburg Bank befürwortet. Innerhalb weniger Wochen kam es zu einer

Friedrich Merz MdB
Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1
11011 Berlin
T 030. 227-74001
friedrich.merz@cducsu.de

Alexander Dobrindt MdB
Vorsitzender der
CSU im Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
T 030. 227-77490
alexander.dobrindt@cducsu.de

Meinungsänderung. Die zu Unrecht erhaltenen Steuererstattungen sollten nun doch nicht von der Warburg Bank zurückgefordert werden. Genau im Zeitraum dieses Meinungsumschwungs gab es mindestens zwei Treffen zwischen dem damaligen Ersten Bürgermeister Olaf Scholz und dem damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden und Miteigentümer der Warburg Bank Christian Olearius, sowie mindestens ein von Scholz initiiertes Telefonat mit Christian Olearius. Daneben fanden Treffen von Christian Olearius mit verschiedenen Hamburger SPD-Politikern statt. Vor diesem Hintergrund gilt es, die Frage nach einer möglichen politischen Einflussnahme auf die Entscheidungsfindung in den Hamburger Behörden in der Steueraffäre Warburg Bank zu betrachten.

- 3.) Der heutige Bundeskanzler und damalige Bundesfinanzminister konnte sich am 1. Juli 2020 in einer Aussage konkret an ein Treffen mit Herrn Olearius am 10. November 2017 erinnern. Kurz nach der Aussage am 1. Juli 2020 wurden weitere zwei Treffen von Scholz und Olearius bekannt sowie ein von Scholz initiiertes Telefonat mit Olearius. In nachfolgenden Befragungen am 9. September 2020 im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages sowie am 30. April 2021 im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft „Cum-Ex Steuergeldaffäre“ erklärte Scholz dann jedoch, dass er keinerlei konkrete Erinnerungen an diesbezügliche Treffen habe. Diese umfassende Gedächtnislücke des Bundeskanzlers nach einem anfänglichen Erinnerungsvermögen an ein konkretes Treffen mit Olearius wirft eine Vielzahl von zu klärenden Fragen auf.

Deswegen soll ein Untersuchungsausschuss im Deutschen Bundestag zusätzlich zu dem Untersuchungsausschuss auf Hamburger Landesebene eingerichtet werden, da der Sachverhalt in erheblichem Umfang bundespolitische Bezüge aufweist: Die damalige Entscheidung der Hamburger Behörden hinsichtlich der Nichtrückforderung von zu Unrecht erhaltenen Steuererstattungen betrifft nicht nur die einheitliche Durchsetzung von Bundesrecht, sondern auch ganz konkret die Steuereinnahmen des Bundes. Der Umgang mit der Steueraffäre Warburg durch Olaf Scholz in seinen bundespolitischen Ämtern kann nur durch einen Untersuchungsausschuss auf Bundesebene genauer beleuchtet werden.

Wir werden den Gremien der Bundestagsfraktion in der kommenden Sitzungswoche einen Vorschlag für einen Einsetzungsbeschluss vorlegen.

Mit freundlichen Grüßen

